

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)

vom 12. Juni 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. Juni 2023)

zum Thema:

Wie fähig ist das Projekt „Europafähigkeit des Bezirks Berlin-Mitte erhöhen“?

und **Antwort** vom 29. Juni 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 04. Juli 2023)

Der Regierende Bürgermeister
von Berlin
- Senatskanzlei -

Herrn Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/15788
vom 12. Juni 2023

über Wie fähig ist das Projekt „Europafähigkeit des Bezirks Berlin-Mitte erhöhen“?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und bat daher das Bezirksamt Mitte um eine Stellungnahme, die in die Beantwortung eingeflossen ist.

Vorbemerkung des Abgeordneten:

Im „Bericht über die Umsetzung von Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung im Jahr 2021“ (Drucksache Nr. 19/0400 (A.11), S. 7) wird für das Bezirksamt Mitte das Projekt „Europafähigkeit des Bezirks Mitte erhöhen“

angegeben. Sämtliche Fragen beziehen sich hierauf und auf die Ergebnispräsentation der Umfrage auf Folien, die auf den Seiten des Bezirksamts Mitte abrufbar sind¹.

Im Bezirk Berlin-Mitte wohnen etwa 390.000 Menschen. Zirka 170.000 dieser Menschen sind Deutsche. Etwa 145.000 Menschen sind Ausländer und zirka 80.000 Menschen sind so genannte Deutsche mit Migrationshintergrund. Unter den 225.000 Ausländern und so genannten Deutschen mit Migrationshintergrund befinden sich knapp 100.000 Personen aus EU-Staaten, dem Vereinigten Königreich, Staaten des ehem. Jugoslawiens und Staaten der ehem. Sowjetunion.²

1. Warum soll der Bezirk Berlin-Mitte besonders „europafähig“ werden, kommen doch die meisten Ausländer und so genannten Deutschen mit Migrationshintergrund im Bezirk aus Staaten außerhalb Europas (zusammen c. 125.000)?

Zu 1.: – Als Metropole im Herzen Europas messen der Senat und der Bezirk Mitte der Erhöhung der Europafähigkeit des Landes Berlin insgesamt aber auch des Bezirks eine große Bedeutung zu – unabhängig von der Zusammensetzung der Bevölkerung des Bezirks.

2. Sind die Verbesserung von alltäglichen Dienstleistungen des Bezirksamts Mitte sowie Fragen der Lebensqualität im Bezirk, welche in der Umfrage hauptsächlich thematisiert werden, nicht im Interesse aller Bürger? Warum wurden jedoch nur etwa ¼ der Bürger des Bezirks als Zielgruppe (Europa) ausgewählt, wohingegen Deutsche, so genannte Deutsche mit außereuropäischem Migrationshintergrund und Ausländer mit außereuropäischem Migrationshintergrund, die zusammen etwa ¾ der Bevölkerung im Bezirk ausmachen, nicht befragt wurden?

Zu 2.: Selbstverständlich ist die Verbesserung der Dienstleistungen des Bezirksamtes im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger. Die Umfrage war als Pilotprojekt angelegt und sollte sich daher zunächst an die Bürgerinnen und Bürger aus dem EU-Ausland im Bezirk richten. Grundsätzlich stand die Beteiligung an der Umfrage jedoch allen Bürgerinnen und Bürgern offen.

3. Wie fähig und aussagekräftig ist eine Umfrage, an der von 98.746 potenziellen Teilnehmern im Bezirk nur 74 Personen teilnahmen?

Zu 3.: Es handelt sich um eine Pilotumfrage, die lediglich stichprobenartig ein Meinungsbild wiedergibt, ohne Anspruch auf einen repräsentativen Charakter.

4. Warum konnten nicht mehr Menschen zur Teilnahme an der Umfrage motiviert werden?

Zu 4.: Die Ursachen sind vielschichtig und könnten u.a. an der kurzen Zeitspanne sowie an dem eingeschränkten Budget gelegen haben.

¹ Vgl. <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/beauftragte/eu-angelegenheiten/>

² Vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Einwohnerstatistik Berlin 31. Dezember 2022. Bestand-Grunddaten, Potsdam 2023.

5. Mit welcher Strategie und welchen technischen Mitteln wurde zur Teilnahme an der Umfrage aufgerufen?

Zu 5.: Die Strategie war, unterschiedliche Menschen aus dem Bezirk Mitte zu erreichen. Hierfür wurde insbesondere auf eine Verbreitung über Social-Media-Kanäle gesetzt.

6. Warum erstreckte sich der Zeitraum zur Durchführung der Umfrage nur auf 14 Tage? Hätten nicht mehr Personen erreicht werden können, wenn man das Projekt über einen längeren Zeitraum ausgedehnt hätte?

Zu 6.: Die Durchführung wurde auf 14 Tage begrenzt, um die Ergebnisse in der Europawoche präsentieren zu können.

7. Auf Folie 7 wird angegeben, dass 72% der Teilnehmer an der Umfrage in Deutschland geboren wurden. Auf Folie 8 wird angegeben, dass 85% der Teilnehmer in Deutschland geboren wurden. Was ist richtig bzw. wie ist diese Unstimmigkeit zu erklären?

Zu 7.: 72 % sind in diesem Fall richtig. Die Ursachen der Unstimmigkeiten lassen sich im Nachgang nicht genau nachverfolgen.

8. Auf Folie 9 kommt man bei Summierung der prozentualen Verteilung auf die vier Antwortmöglichkeiten auf insgesamt 109%. Welcher Fehler ist an dieser Stelle bei der Auswertung der Antworten der 74 Teilnehmer unterlaufen? Wie lautet die korrekte prozentuale Verteilung auf die vier Antwortmöglichkeiten?

Zu 8.: Der Fehler wird durch das Bezirksamt Mitte geprüft und im Falle der möglichen Nachverfolgung behoben.

9. Was ist genau darunter zu verstehen, wenn sich europäische Mitbürger aus Berlin-Mitte laut Umfrageergebnisse wünschen, dass „Kommunalpolitik weniger ideologiegetrieben“ (Folie 13) stattfinden soll?

Zu 9.: Nach Auffassung des Bezirks ist darunter zu verstehen, dass Kommunalpolitik in erster Linie der Verbesserung des Zusammenlebens aller Bürgerinnen und Bürger dienen sollte, unabhängig von parteipolitischen Interessen.

10. Wie beurteilt der Senat den Wunsch von europäischen Mitbürgern in Berlin-Mitte, wonach „Kommunalpolitik weniger ideologiegetrieben“ (Folie 13) stattfinden soll?

Zu 10.: Der Senat ist der Auffassung, dass Politik immer der Verbesserung der Lebenssituation aller Bürgerinnen und Bürger dienen sollte – egal auf welcher Ebene. Im

Übrigen ist der Senat nicht in die Konzeption, Umsetzung und Auswertung der Umfrage des Bezirks einbezogen.

11. Was darf man sich unter „mehrsprachige[n] Beschilderungen im öffentlichen Raum“ (Folie 14) genau vorstellen? Wie viele Sprachen sollen auf diesen Beschilderungen nebeneinander erscheinen? Welche Sprachen sollen auf diesen Beschilderungen erscheinen? Welche Sprachen sollen auf diesen Beschilderungen nicht erscheinen?

Zu 11.: Die Amtssprache der Berliner Verwaltung ist Deutsch. Die Verwendung mehrsprachiger amtlicher Schilder ist daher grundsätzlich rechtlich nicht zulässig.

12. Wie möchten der Senat und der Bezirk folgenden Wünschen europäischer Mitbürger aus Berlin-Mitte in Zukunft besser gerecht werden? (Folie 15)

- „Kein Rauchen in der U-Bahn“
- „Keine Bedürftigen am Bahnhof“
- „Kein Drogenhandel in den U-Bahnen, Taxen und Parks“

Zu 12.: Da es sich nicht um eine repräsentative Umfrage, sondern um ein erstes Meinungsbild handelt, sind derzeit keine weiteren Folgemaßnahmen geplant. Die Umfrage liegt in der ausschließlichen Zuständigkeit des Bezirks Mitte. Der Senat ist nicht in die Konzeption, Umsetzung und Auswertung der Umfrage einbezogen.

13. Ist dem Senat bekannt, ob der Bezirk seit Auswertung der Umfrageergebnisse dem Wunsch europäischer Mitbürger nachgekommen ist, „die Bezirksseite [...] übersichtlicher [zu] gestalten“ (Folie 24)?

Zu 13.: Die bisherige Layout-Struktur, Designansätze sowie Kommunikationsmöglichkeiten mit Nutzerinnen und Nutzern wurden angepasst. Auch die digitale Barrierefreiheit sowie Nutzerzentrierung werden schrittweise umgesetzt. Für die Startseite gibt es zukünftig die Möglichkeit, einzelne Schlagworte prominenter zu platzieren, die von Bürgerinnen und Bürgern häufig gesucht werden.

14. Wie beurteilt der Senat den Wunsch europäischer Mitbürger aus Berlin-Mitte nach „mehr Sanktionen gegen Zweiradfahrer, die sich verkehrswidrig verhalten“ (Folie 26)?

Zu 14.: Siehe Antwort zu Frage Nr. 12.

15. Hat sich der Bezirk Berlin-Mitte seit Bekanntwerden der Umfrageergebnisse im Bereich „schnellere Bürgeramtstermine“ (Folie 27) verbessert?

Zu 15.: Dem Amt für Bürgerdienste ist es durch personelle Aufstockung in den Bürgeramtsstandorten und mit Hilfe der Einrichtung eines zusätzlichen Bürgeramtsstandortes in der Klosterstr. 71 gelungen, die Zahl der ausgegebenen Termine in den Bürgerämtern des Bezirks Mitte von 117.177 im Jahr 2019 (letztes vergleichbare Jahr vor den pandemiebedingten Einschränkungen) auf 202.308 im Jahr 2022 zu steigern! Dennoch ist es dem Amt für Bürgerdienste bislang nicht verlässlich gelungen, den Bürgerinnen und Bürgern schneller einen Bürgeramtstermin zu vergeben. Hierbei stellt die weiter dynamisch ansteigende Nachfrage nach Bürgeramtsterminen bei nicht steigender Zahl der Beschäftigten eine konstante Herausforderung dar.

16. Welche konkreten Handlungsbedarfe sehen Senat und Bezirksamt nach Auswertung der Umfrage in der Gesamtschau? In welchen Bereichen ist man bereits aktiv geworden?

Zu 16.: Das Bezirksamt Mitte setzt zahlreiche Maßnahmen um, um den Wünschen und Bedürfnissen aller Bürgerinnen und Bürger des Bezirks für einen lebenswerten Bezirk im Rahmen seiner vorhandenen Ressourcen zu entsprechen. Für einen Überblick der zahlreichen Dienstleistungen des Bezirksamtes sowie der geplanten Maßnahme empfiehlt sich ein Blick auf die bezirkliche Webseite: <https://www.berlin.de/ba-mitte/>.

17. Wie häufig tagte die AG „Europa in Mitte“ unter der Leitung der Europabeauftragten des Bezirks, Frau Marina Mantay, seit dem 04.06.2021? (Vgl. Folie 30)

Zu 17.: Es haben insgesamt 3 Online Sitzungen der AG Europa stattgefunden. Zurzeit ruht die AG „Europa in Mitte“. Es finden jedoch regelmäßige überbezirkliche Vernetzungstreffen statt.

18. Welche Formen der Vernetzung und des Austauschs mit wem konnten seitdem erzielt werden? (Vgl. Folie 30)

Zu 18.: Folgender Auszug soll einen Einblick in die Formen der Vernetzung und des Austauschs durch den Bezirk Mitte geben:

- Berlinweiter Austausch mit der Stadt Wien (erstes Treffen fand im Rathaus Schöneberg am 31. Mai 2023 statt)
- Durchführung des Festes „Rathaus Vorort am Tag der Vielfalt“ am 23. Mai am Leopoldplatz im Wedding, bei dem u.a. die Europabeauftragte mit Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt trat
- Durchführung eines Online-Seminars zum Bürgerschaftsprogramm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV).

19. Welche Projekte wurden seitdem geplant und umgesetzt? (Vgl. Folie 30)

Zu 19.: Siehe Antwort auf die Fragen 16 und 18.

20. Wie „europafähig“ ist der Bezirk Berlin-Mitte aus Sicht des Senats und des Bezirksamts Berlin-Mitte?

Zu 20.: Europa fängt in der Gemeinde an – auch der Bezirk Mitte von Berlin trägt mithilfe von vielfältigen Maßnahmen, Projekten und Veranstaltungen dazu bei, Europa erfahrbar zu machen und den Bürgerinnen und Bürgern Europa und die Europäische Union näherzubringen. Die Europafähigkeit des Bezirks Mitte lässt sich dabei nicht an einzelnen Punkten festmachen.

21. Welche Kosten (in welcher Höhe) sind im Rahmen des Projekts „Europafähigkeit des Bezirks Mitte erhöhen“ entstanden? Warum erfährt man hierzu nichts im „Bericht über die Umsetzung von Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung im Jahr 2021“ (Drucksache Nr. 19/0400 (A.11), S. 7)

Zu 21.: Aus dem Projekt sind keine gesonderten Kosten entstanden.

Berlin, den 29. Juni 2023

Der Regierende Bürgermeister
In Vertretung

Florian Graf
Chef der Senatskanzlei